



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Waldmann SPD**

Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen optimal begleiten und versorgen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Versorgungssituation von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen deutlich zu verbessern.

Insbesondere soll

- an allen Schulen eine Übersicht über innerschulische und außerschulische Hilfsangebote in der Region erstellt und gepflegt werden;
- an jeder Schule mindestens eine Schulpsychologin oder ein Schulpsychologe mit einem halben Stundendeputat zur Verfügung stehen;
- die Zusammenarbeit der Schulpsychologen und Schulpsychologinnen mit den externen Fachpersonen im jeweiligen Schulumfeld vertieft und systematisiert werden;
- mit den Universitätskliniken gemeinsam ein Konzept erstellt werden, wie die ambulante und stationäre Versorgung verbessert werden kann.

Begründung:

Pro Tag nehmen sich vier Menschen in Bayern das Leben, viele davon aufgrund von Depressionen und anderen psychischen Krankheiten. Immer mehr Menschen leiden unter Depressionen, erkennen sie als solche und lassen sie behandeln. Dennoch sind psychische Erkrankungen mit einem Stigma belegt. Nur durch Aufklärungsarbeit kann dem entgegengewirkt werden.

Erkrankte Kinder und Jugendliche benötigen unsere besondere Fürsorge. Schulen kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Schülerinnen und Schüler mit psychischen Erkrankungen – insbesondere mit Depressionen – werden im Schulalltag mehr oder weniger auffällig. Nur wenn Lehrkräfte um die Erscheinungsformen von psychischen Erkrankungen wissen, können sie die so notwendige frühe Hilfe initiieren. Vor allem ein Zusammenspiel der Schulen mit externen Versorgungsmöglichkeiten muss systematisiert werden. Die Forderungen der Petition von Schülerinnen und Schülern zum Thema Depressionen müssen ernst genommen werden. In einem offenen Brief an die Präsidentin des Landtags haben die jungen Leute am 22.10.2019 beklagt, dass das Staatsministerium für Unterricht und Kultus eben genau das nicht tut.

Die Schließung von Kinder- und jugendmedizinischen Abteilungen in den Krankenhäusern, die fehlenden Kapazitäten bei Psychotherapeuten sowie überfüllte Kinder- und Jugendpsychiatrien tragen zur Verschärfung der Situation für die Betroffenen bei. Es ist dringend nötig, dass die Staatsregierung in ihrem Wirkungsbereich dieses Problem angeht.